

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 30.10.2007

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:50 Uhr

Anwesenheit:

Herr Thomas Godenrath	CDU	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	16:15 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:00 Uhr bis 19:15 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:00 Uhr bis 19:50 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertretung durch Herrn Godenrath
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	Vertretung durch Herrn Wöllenweber

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Mitglieder des Ausschusses stimmten zu, den Geschäftsbereich III in der Beratungsfolge vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Vorlagen
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006
 - Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit
 - Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr
 - Geschäftsbereich Kultur und Bildung
 - Geschäftsbereich Soziales und JugendVorlage: IV/2007/06692
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. Anfragen von Stadträten
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 3 Vorlagen

- zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2008, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2006**
- **Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit**
 - **Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr**
 - **Geschäftsbereich Kultur und Bildung**
 - **Geschäftsbereich Soziales und Jugend**
- Vorlage: IV/2007/06692**
-

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Frau Weiß, Herr Weiland, Herr Misch, Frau Wolff, Herr Dr. Schmidt, Herr Dr. Meerheim, Herr Godenrath, Herr Schramm, Herr Geier, Herr Doege, Herr Dr. Pohlack, Herr Dr. Marquardt, Frau Ströhl, Herr Schmoll, Herr Wätzel, Frau Hock, Frau Schmidt. Die Diskussion wurde im Rahmen der Budgets geführt.

Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit

Herr Doege führte u. a. aus, dass für die Haushaltsposition Zahnpflege 500 € Mehrausgaben zu erwarten seien. Der Ausschuss äußerte die Erwartung, diese zusätzlichen Mittel im

Budget des GB III im laufenden Haushaltsjahr zu erwirtschaften. Zur Nachfrage bezüglich einer Prioritätenliste für die Ausgaben des Vermögenshaushaltes führte er aus, dass im

Geschäftsbereich III die Aufgaben fast ausschließlich Pflichtaufgaben seien und sich aus diesem Grund die Ausgaben an den gesetzlichen Erfordernissen orientieren.

Geschäftsbereich Planen, Bauen, Straßenverkehr

Einige Mitglieder äußerten ihre Verwunderung über das Verfahren, dass die Verwaltung über den Fachausschuss Erhöhungsanträge einbringt. Herr Dr. Pohlack informierte über das Zustandekommen des Beschlusses des Planungsausschusses und betonte den akuten Handlungsbedarf. Die Mitglieder des Ausschusses betonten, dass sie nicht die Notwendigkeit der Ausgaben anzweifeln, jedoch in anderen Geschäftsbereichen ebenfalls Bugwellen von dringend erforderlichen Investitionen vor sich hergeschoben werden. Bei der derzeitigen Haushaltslage müsse vordringlich das Defizit abgebaut werden, da auch dieses sich potenziere. Der Eckwertebeschluss und die Haushaltsdisziplin müssen eingehalten werden.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass auch er diese Beschlüsse akzeptiere und Mehrausgaben im Bereich der Straßeninstandhaltung nur zugelassen werden, wenn sie durch Mehreinnahmen gedeckt werden können.

Bitte des Ausschusses für Planungsangelegenheiten:

Der Ausschuss für Planungsangelegenheiten befürwortet den Vorschlag der Verwaltung, die Mittel für die Unterhaltung der Straßen um 1 Mio. € zu erhöhen. Dem Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften wird dieser Vorschlag unterbreitet mit der Bitte, die entsprechenden Mittel aus Einsparungen in anderen Haushaltspositionen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

1 Ja-Stimme
mehrheitlich abgelehnt

Herr Misch bat um Beantwortung folgender Fragen:

- a) Wie viel Beisetzungen wurden vom 1997 - 2006 in den einzelnen Bestattungsarten auf den einzelnen Friedhöfen vorgenommen?
- b) Wie viel freie Grabstellen sind für die einzelnen Bestattungsarten auf den einzelnen Friedhöfen ausgewiesen?
- c) Welcher Kostenaufwand entsteht auf den einzelnen Friedhöfen für die Pflege der freien Grabstellen?
- d) Welcher Investitionsaufwand besteht für die nächsten 10 Jahre auf den einzelnen Friedhöfen?
- e) Welche Schlussfolgerungen zieht die Verwaltung aus den vorangegangenen Fragen und deren Beantwortung im Hinblick auf die Notwendigkeit des Erhalts der zurzeit bestehenden städtischen Friedhöfe bzw. welche Beschlüsse durch den Stadtrat wären notwendig?

Herr Dr. Meerheim bat, die Beantwortung Herrn Misch zuzusenden und im zuständigen Ausschuss darüber zu beraten.

Die Verwaltung wurde aufgefordert, bezüglich von 2 Fahrzeugen, die u. a. für den Winterdienst eingesetzt werden und keine Bestätigung durch den TÜV erhalten haben, Lösungsvarianten bis zum 6.11.2007 vorzulegen.

Herr Dr. Pohlack erläuterte die Zuschussentwicklung des MMZ. Diese geänderten Ausgaben haben Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan des MMZ und die Mittelfristige Finanzplanung der Stadt. Die Ausschussmitglieder erwarten eine Aufstellung der konkreten Zahlen und deren Deckung bis zur Beratung am 6.11.2007.

Geschäftsbereich Kultur und Bildung

Herr Dr. Marquardt informierte über den Verhandlungsstand bezüglich der Parkeisenbahn mit der HAVAG. Herr Girard ergänzte die Ausführungen.

Zur Organisationsänderung Oper / Staatskapelle erläuterte Herr Dr. Marquardt, dass die Arbeitsgruppe ständig über den Verlauf des Prozesses informiert sei. Auch seien die Mitarbeiter in den Prozess einbezogen. Gesonderter Handlungsbedarf oder Informationspflichten aufgrund von Verträgen seien zurzeit nicht gegeben.

In Bezug auf die Haushaltskonsolidierung wurde erläutert, dass der Blockbetrag sukzessive untersetzt werde.

Zu den Entscheidungen des Umganges bat Herr Geier, das Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt abzuwarten, da diese Problematik auch auf andere Bereiche zutrefte. Er werde in der Beratung am 6.11.2007 darüber informieren.

Geschäftsbereich Soziales und Jugend

Im Hinblick auf die Veränderungen wurde auf die ausführliche Diskussion im Fachausschuss verwiesen.

Auf Nachfrage von Frau Wolff erläuterte Frau Schmidt, dass die Ausgaben, auch für den Bereich der Hilfen zur Erziehung, gemäß § 7 GemHVO qualifiziert geschätzt werden. Es liegen in diesem Bereich viele Erfahrungen vor. Diese Hilfen seien ein sehr komplizierter Prozess und jeweils auf die einzelnen Bedürfnisse der Hilfeempfänger abgestellt. Eine Hochrechnung im August 2007 ergab einen Bedarf in Höhe von 19,6 Mio. €. Aus diesem Grund wurde ein Antrag auf überplanmäßige Ausgaben gestellt, da in diesem Jahr mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2 Mio. € gerechnet werden müsse. Diese Ausgaben seien gesetzlich normiert und wirken reduzierend auf die Haushaltskonsolidierung. Der Ansatz für 2008 wurde ebenfalls entsprechend angepasst. Im Jahr 2007 sei das Budget ausgeglichen.

(19:15 Uhr - Herr Weiland verließ die Sitzung.)

Frau Schmidt könne einen Deckungsvorschlag in Höhe von 800 T€ anbieten. Die Mitglieder führten aus, dass der Schritt der Defiziterhöhung des Gesamthaushaltes zu einfach sei. Sie formulierten die Erwartung an die Gesamtverwaltung, Alternativen der Deckung aufzuzeigen, über die dann politisch entschieden werden können.

Herr Dr. Meerheim beendete an dieser Stelle die Diskussion.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 30. Oktober 2007 - öffentlicher Teil

Hinweis:

Am 23.10.2007 wurde den Mitgliedern des Ausschusses folgende Zuarbeit übergeben:



Übersicht
PPPObj.Haushalt 200

Am 29.10.2007 per Mail und am 30.10.2007 in Papierform wurden den Mitgliedern des Ausschusses folgende Zuarbeiten übergeben:



Veränderungen nach
1.Lesung GB's (einsc



Mappe1.xls

Die Unterlagen können im kommunalen Sitzungsdienst der Niederschrift entnommen werden.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Schriftlich lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor und mündlich wurden keine gestellt.

zu 5 Anfragen von Stadträten

Fernmeldekosten

Herr Geier bot an, dass sich Frau Wolff bezüglich der Fernmeldekosten an ihn wenden könne.

Abbau Altdefizit

Herr Wolter fragte nach der Rechtskräftigkeit der Vermögensübertragung Fernwasser Elbe Ostharz. Es wurde auf die umfangreiche Ausführung der BMA in einer der vergangenen Ausschusssitzungen verwiesen. Jetzt gehe es um die Auskehr der Erlöse.

zu 6 Beantwortung von Anfragen

zu 7 Anregungen

zu 8 Mitteilungen

Zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Protokollantin
Referentin

